

# Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adressen  
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Samstagshefte  
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 31.

Mittwoch, 7. Februar 1894, Abends.

47. Jahrg.

Preis: Ein Jahrgang 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Konkurrenz für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Verordnung,

die Beiträge der Besitzer von Rindern und Pferden zur Deckung der im Jahre 1893 aus der Staatskasse befristeten Verläge an Seuchen pp. Entschädigungen betr.

Nach der im Monate December vorigen Jahres vorgenommenen Aufzeichnung der im Lande vorhandenen Rinder und Pferde ist zur Erstattung der im Jahre 1893 verlageweise aus der Staatskasse befristeten Beiträge, die an Entschädigungen nach dem Reichsgesetz vom 23. Juni 1880 für die wegen Seuchen auf polizeiliche Anordnung getödteten und für die nach solcher Anordnung an der Seuche gefallenen Thiere bez. nach den Gesetzen vom 22. Februar 1884 und vom 17. März 1886 für die an den Folgen der Impfung der Pockenimpfung umgekommenen oder wegen dieser Folgen zu Schlachten gewordenen Rinder oder für die in Folge von Witzbrand gefallenen oder getödteten Rinder, zu gewähren gewesen, beziehentlich an Verwaltungskosten erwachsen sind, auf jedes der aufgezählten

- a) Rinder ein Jahresbeitrag von elf Pfennigen,
- b) Pferde ein Jahresbeitrag von drei Pfennigen,

zu erheben.

Indem Solches nach Maßgabe der Bestimmungen in § 4 der Verordnung vom 4. März 1881 — Gesetz- und Verordnungsblatt vom 1881 Seite 13 — und der Verordnungen vom 22. Februar 1884 und vom 17. März 1886 — Gesetz- und Verordnungsblatt vom 1884 Seite 62 und vom 1886 Seite 64 — anberaumt bekannt gemacht wird, werden die zur Erhebung der befristeten Jahresbeiträge berufenen Polizeibehörden (Stadtrath, Bürgermeister, Gemeindevorstände) hiermit angewiesen, auf Grund der aus den Amtshauptmannschaften, beziehentlich Amtshauptmannschaften abgeklangelten Verzeichnisse die oben ausge-

schriebenen Jahresbeiträge von den betreffenden Rindvieh- und Pferdebesitzern unverzüglich einzuliefern und bis längstens den 1. April dieses Jahres unter Beischluß der Verzeichnisse an die Amtshauptmannschaften beziehentlich Amtshauptmannschaften einzuzahlen.

Dresden, am 30. Januar 1894.

Ministerium des Inneren.  
v. Meisch.

Sorge.

Vom Königl. Finanzministerium ist dem Rentanten beim Königl. Amtsgerichte Riesa, Herrn Sekretär **Theodor Ludwig Thost**, die Verwaltung der dasigen Ortsstempelleinahme übertragen worden.

Dresden, am 2. Februar 1894.

Königlicher Kreissteuerrath daselbst.  
Thost.

Im Saale des Hotels zum „Kronprinz“ hier sollen

**Sonnabend, den 10. Februar 1894,**  
von Vormittags 9 Uhr an.

2 große Waarschränke, 1 Nähmaschine für Schuhmacher, 1 Kommode mit Aufsatz, 1 Schreibsecretär, 1 Schreibpult, 1 Kabinett, eine große Anzahl Herren-, Damen- und Kinderstiefel, sowie Herren- und Damenstiefel und Pantoffel von Leder und Filz gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Riesa, 3. Februar 1894.

Der Ger.-Vollz. des Königl. Amtsger.  
Zehr. Sidam.

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Die tiefe Stille, die trotz der Reichstagsverhandlungen in letzter Zeit die innere Lage kennzeichnete, wird nunmehr dem Sturm weichen, den die soeben erfolgte Veröffentlichung des Zolltarifs zum deutsch-russischen Handelsvertrag entzünden wird. Russland gewährt in 116 Posten seines Tarifs Ermäßigungen, die zum Theil bedeutend erheblicher sind, als erwartet wurde, zum Theil aber nur wenige Kopfen betragen. Die Landwirtschaft hat im Ganzen nur Zugeständnisse zu verzeichnen, die dem Süden und Westen des Reichs zu Nutzen sind. Von landwirtschaftlicher Seite wird daher alle Kraft aufgewendet, das Zustandekommen des Vertrags zu verhindern. Die Verzögerung des gesamten Vertragswertes durch die von den Souveränen beider Länder noch besonders zu ernennenden Bevollmächtigten ist noch nicht erfolgt, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß die Erledigung der für diesen Akt notwendigen Formalitäten nur noch wenige Tage in Anspruch nehmen wird. Die Dauer des Vertrags ist auf zehn Jahre vereinbart. — Bei dem parlamentarischen Wahl, das am Montag Abend 7 Uhr beim Reichskanzler stattfand, erschien der Kaiser schon kurz vor dieser Zeit und verweilte bis nach 11<sup>1/2</sup> Uhr. Nach dem Wahl ließ sich der Kaiser mehrere Abgeordnete vorstellen und unterhielt sich längere Zeit mit ihnen; demnächst gruppirten sich um den Kaiser, welcher sich auf dem Sofa niederließ und den Staatssekretär von Stephan an seine Seite nahm, eine Anzahl von Abgeordneten, die in wechselnder Folge von dem Kaiser in das Gespräch gezogen wurden. Der Kaiser nahm, wie schon gestern unter den Telegrammen mitgetheilt, Veranlassung, sich in erster und eingehender Weise über die wirtschaftliche und politische Bedeutung des russischen Handelsvertrages auszusprechen. Er schilderte die Folgen einer Ablehnung des Vertrages in lebhaften Farben und sprach die zuversichtliche Erwartung aus, daß der Patriotismus und das Verantwortlichkeits-Bewußtsein es dem Reichstage verbieten müsse, den Vertrag abzulehnen. Die Fragen, welche mit dem Vertrage zusammenhängen, verlangten gebieterisch eine glückliche Lösung, und der Reichstag werde sich ein unvergänglich Denkmal errichten und die dauernde Dankbarkeit des deutschen Volkes erwerben, wenn er, von reiner Vaterlandsliebe getragen, alle Bedenken gegen den Vertrag fallen lasse. Der Präsident des Reichstages, Herr von Levetzow, brachte die Auffassung der Konservativen gegenüber dem Handelsvertrage eingehend zur Geltung und hob die Bedenken und Befürchtungen der Partei nach allen Seiten hervor. Zum Schluß sagte er sich dahin zusammen, daß der Patriotismus der Konservativen, auch wenn sie gegen den Handelsvertrag stimmen müßten, rein und makellos dastehen. Die Versöhnung des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck und die Frage des Nationaldenkmals sind bei dem Wahl nicht berührt worden.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht den Wortlaut eines Schreibens des Vorsitzenden des Bundes der Landwirthe

v. Ploeg an den Reichstagsabgeordneten Uhden, worin er letzteren auf Grund einer Erklärung im „Krossener Wochenblatt“, daß er bezüglich seiner Stellung zum russischen Handelsvertrag keine bindende Erklärung abgeben könne, auffordert, sein Mandat niederzulegen oder sich gegen den Handelsvertrag zu erklären. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fügt hinzu, sie enthalte sich jedes Kommentars zu diesem kaum qualifizirbaren Vorgehen.

Die „Staatsb.-Ztg.“ legt wiederholt Verwarnung dagegen ein, daß sich in der antisemitischen Bewegung Persönlichkeiten herbeizudrängen, oder der antisemitischen Partei an die Rockschürze gehängt werden, die von den berufenen Führern der Partei zurückgewiesen worden sind. Nach der Anklage-schrift in der Strafsache gegen Rudolf Plag und Genossen wegen Verleumdung des Finanzministers Dr. Michael sei der Schriftsteller Rudolf Plag nicht weniger als fünf Mal wegen Unterdrückung und Urkundenfälschung mit Gefängnis, in einem Falle sogar mit sechs Monaten und einjährigem Ehrverlust bestraft worden; ebenso stelle die Anklage fest, daß der Schriftsteller Ludwig Schweinhagen, genannt Schwennhagen, zweimal, einmal wegen Diebstahls mit einem Tode Gefängnis bestraft ist. Die „Staatsb.-Ztg.“ fügt hinzu: „Wir werden es künftig nicht mehr dulden, daß solche Vorkämpfer ihr falsches Spiel treiben und dadurch eine Bewegung in Verfall bringen, deren Beweggründe so edel, von königstreue und Vaterlandsliebe ausgehende sind, wie die antisemitischen. Deshalb Voricht und Sturdung! Unter den jetzigen Umständen ist das größte Mißtrauen nicht nur angebracht, sondern geboten.“

Eine besondere Hervorhebung verdient der Umstand, daß sowohl der Vorsitzende, wie der Vertreter der Staatsanwaltschaft in dem hannoverschen Spieler- und Wucherprozeß in letzter Zeit befördert worden sind. Der Landgerichtsdirektor Heintz ist zum Präsidenten des Landgerichts Wittingen ernannt, während dem Gerichtsassessor Seel der Posten eines Staatsanwalts beim Landgerichte Meiningen angeboten ist, welchen d. rselbe angenommen hat. Herr Heintz ist unseres Wissens der an Jahren jüngste Landgerichtspräsident in Preußen.

Vom Reichstag. Der Reichstag setzte gestern die zweite Beratung des Etats fort. Bei dem Titel „Reichskommissariat für Auswanderungswesen“ bespricht Abg. Bebel (Soc.) den Wädchentransport über Hamburg nach Russland. Die Staatsanwaltschaft habe das Einschreiten gegen dieses schändliche Treiben abgelehnt. Staatssekretär Dr. v. Boetticher erwidert, ihm seien die vorgebrachten Vorgänge unbekannt. Das Verhalten der Staatsanwaltschaft sei der gegenwärtigen Lage der Vergebung nach vollkommen gerechtfertigt. Sollte die Vergebung eine Lücke aufweisen, würden die Regierungen nicht anstehen, dieselbe auszufüllen. Abg. Haffner (nat.-lib.) regt die Einrichtung besonderer Auskunfts-bureaus für Auswanderer an und wünscht neuerliche Verlegung des Auswanderergesetzes. Staatssekretär Dr. von Boetticher erwidert, das Gesetz sei wegen der starken

Belastung des Reichstags nicht wieder vorgelegt. Abg. Hüpeden (kons.) regt die Einrichtung von Seemannshausstätten und die Förderung der Mission unter den Seeleuten an. Staatssekretär Dr. v. Boetticher hebt hervor, daß jährlich 6000 Mark aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds bewilligt sind, die bereits außerordentlich segensreich gewirkt haben. Bei dem Titel „Kommission für Arbeiterstatistik“ fordert Abg. Bebel (Soc.) eine Umfrage über Arbeitsdauer und Arbeiterwohnräume. Staatssekretär Dr. von Boetticher erklärt, die Umfrage werde nicht viel helfen; es müßten nicht gesetzliche, sondern polizeiliche Bestimmungen getroffen werden. Von Reichswegen werde sich bei der Verschiedenheit der Verhältnisse die Sache kaum regeln lassen; am besten gelte dies durch örtliche oder Bezirksverordnungen. Auf dem Gebiete des Verkehrsgegesetzes sei der Minister von Berlepsch bereits mit der Untersuchung über eine Verkürzung der Arbeitszeit beschäftigt, an deren günstigem Resultat er nicht zweifle. Bei dem Kapitel „Statistisches Amt“ bemängelte Abg. Schönlanke (Soc.) das bisherige Verfahren bei der Aufnahme statistischer Daten über Arbeiterverhältnisse. Die bisherige Bevölkerungsstatistik gebe über die wirtschaftlichen Zustände keinen Aufschluß und sei daher durch eine Berufs- und Gewerbestatistik zu ergänzen. Auch seien gewisse Zweige der Landesstatistik auf die Reichstatistik zu übernehmen. Abg. Haffner (nat.-lib.) unterstützt die letzte Forderung des Vorredners. Staatssekretär Dr. v. Boetticher entgegnet, unsere Enqueten hätten bis jetzt ein vollständiges Bild der bestehenden Zustände gegeben. Die Uebernahme gewisser Landesstatistiken auf das Reich sei nur empfehlenswerth, wenn dabei auch wirklich ein Reichszweck verfolgt werde. Die Berufsstatistik anlangend, so werde sich dieselbe am besten mit der nächstjährigen Volkszählung verbinden lassen, wobei vielleicht eine Vermehrung der Fragen zu erwägen wäre. Der Titel wird bewilligt. Bei dem Kapitel „Normal-Richtungs-Kommission“ entspinnt sich eine längere Debatte über die Einstellung technischer Hilfsbeamten in den Etat. Abg. Lenzmann (fr. Sp.) führt aus, diese Beamten müßten jetzt nicht, ob sie zu den Subalternen oder höheren Beamten zählen. In ähnlichem Sinne sprechen die Abgeordneten Dr. Dammacher, Möller (nat.-lib.) und Dr. Förster (Antis.). Abg. Singer (Soc.) tritt diesen Ausführungen entgegen. Staatssekretär Dr. v. Boetticher versichert nicht, inwiefern die Beamten Grund zur Empfindlichkeit haben. Subalternbeamte gebe es überhaupt nicht, sondern nur höhere, mittlere und untere Beamte. Die Hilfsarbeiter nehmen die Stellung zwischen den höheren und mittleren Beamten ein. Abgeordneter Prinz zu Schönau-Carolath regt die Frage der Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium an. Er erkennet an, daß der gegenwärtige Zeitpunkt wegen der jetzt schon bestehenden großen Konkurrenz unter den Medizimern zur Erörterung der Angelegenheit nicht besonders geeignet sei. Indessen sei das Interesse für diese Fragen in den letzten Jahren außerordentlich gewachsen. Redner weist auf die